

Neue Studiengänge zum Bürgerschaftlichen Engagement – Eine kurze Bestandsaufnahme zur Bedeutung des Themas an den Hoch- schulen

Heike Walk

Die Bedeutung des Themas ‚Bürgerschaftliches Engagement‘ und Demokratieentwicklung nimmt sowohl in der breiten Öffentlichkeit und der Politik als auch in den Fachdiskussionen an den Hochschulen zu. Immer häufiger wird auf den Zusammenhang zwischen bürgerschaftlichem Engagement und der Festigung demokratischer und solidarischer Strukturen in der Gesellschaft hingewiesen. Zunehmend werden auch die Wechselwirkungen zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in Seminaren diskutiert: Bspw. die Analysen hinsichtlich der neuen Organisationsformen wie den Public Private Partnerships, bei denen ganz unterschiedliche Organisationslogiken und Verhaltensweisen zusammentreffen. Aber auch die Debatten hinsichtlich des Beitrags der Organisationen des Dritten Sektors für die Reform und Neubestimmung des deutschen Wohlfahrtsstaates und anderer Bereiche der Gesellschaft werden von einzelnen Dozent/innen und Studierenden unterschiedlichster Fachrichtungen mit großem Interesse aufgegriffen.

Dennoch gibt es an deutschen Universitäten und Fachhochschulen bislang nur wenige Lehrstühle, die sich mit dem Themengebiet ‚Bürgerschaftliches Engagement‘ befassen. Das hängt zum Einen damit zusammen, dass an deutschen Hochschulen das Denken in Disziplinen nach wie vor weit verbreitet ist. Zwar wird offiziell die interdisziplinäre Forschung hervorgehoben, aber tatsächlich können Querschnittsthemen wie das Thema Bürgergesellschaft, das sowohl soziologische, politikwissenschaftliche und philosophische als auch volks- und betriebswirtschaftliche Elemente beinhaltet, an den Universitäten nur schwer etabliert werden. Zum anderen wird von der Forschungs- und Hochschulpolitik von Bund und Ländern ein deutlicher Schwerpunkt auf die Naturwissenschaften gelegt. Dies gilt für die Exzellenzinitiative, aber auch für die Profilbildungsprozesse in der Hochschullandschaft. Diese haben in den letzten Jahren nicht unbedingt dazu beigetragen, die Geistes- und Sozialwissenschaften zu stärken. Hinzu kommt, dass es auch von Seiten der großen Fördergeber, z.B. der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), keine Programme im Bereich Bürgerschaftliches Engagement gibt. Ohne diese Programme gibt es in der Folge auch keine Stipendien oder Drittmittelfinanzierungen für entsprechende Forschungsprojekte.

Ogleich etwa fünf bis sechs Prozent der Bevölkerung im Dritten Sektor beschäftigt sind, ist die Zahl der Institute, die sich mit der Ausbildung von Führungskräften in diesem Bereich befassen, eher sehr bescheiden. Es gibt nur vereinzelte Institutionen wie bspw. das Zentrum für Nonprofit-Management (npm) GmbH an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster.

Das Zentrum ist eine Forschungs-, Beratungs- und Bildungseinrichtung, die sich auf die aktive Gestaltung und Weiterentwicklung der deutschen und europäischen Zivilgesellschaft spezialisiert hat. An der Universität Münster wird ein interdisziplinärer Masterstudiengang (Nonprofit-Management and Governance) angeboten, der unterschiedliche Aspekte (historische, betriebswirtschaftliche, etc.) vertieft.

Vergleichbare Angebote gibt es auch an der privaten Zeppelin-Universität und am Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI) an der Universität Heidelberg. Das CSI beschäftigt sich mit Forschungsthemen über den Dritten Sektor und Zivilgesellschaft und baute ebenfalls einen Masterstudiengang »Nonprofit-Management und Governance« zur Ausbildung von Führungskräften für den Dritten Sektor auf. In Heidelberg ist es gelungen, in einer wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät ein relativ breites Angebot an Vorlesungen und Seminaren zum Dritten Sektor zu entwickeln, das sowohl von Studenten der Ökonomie als auch der Politologie und Soziologie wahrgenommen wird.

Das Forschungszentrum für Bürgerschaftliches Engagement an der Humboldt-Universität zu Berlin forscht, berät und gibt öffentliche Impulse zu Fragen des freiwilligen gesellschaftlichen Engagements von Personen und Organisationen auf kommunaler, nationaler und internationaler Ebene. Und an der Universität Hannover können Studierende der Wirtschaftswissenschaften und Studierende der sozialwissenschaftlichen Fächer das Wahlpflichtfach Nonprofit Management belegen. Ziel des Vertiefungsfaches ist es, Studierende mit den Strukturproblemen von Nonprofit Organisationen vertraut zu machen und theoretische Grundlagen zum Verständnis und zur Bearbeitung dieser Steuerungsprobleme zu vermitteln.

Spezifika und Charakteristika des bürgerschaftlichen Engagements

Der wachsenden Beliebtheit des Begriffs 'Bürgerschaftliches Engagement' liegen mehrere Ursachen zu Grunde. Zum einen weist der Begriff auf ein wieder erwachtes Interesse an den Leistungen und Gestaltungskompetenzen der Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwesen hin, zum anderen ist bürgerschaftliches Engagement als individuelles Handeln eingebettet in gesellschaftliche Organisationen und staatliche Institutionen. Vor allem die Hinwendung zum Bürgerschaftsbegriff verweist auf eine verstärkte Sensibilität auf meta-individuelle und politische Aspekte des Engagements im Unterschied zur bisherigen Betonung von wirtschaftlichem und sozialpolitischem Nutzen. Der Begriff umfasst die freiwillige bzw. ehrenamtliche Übernahme öffentlicher Funktionen, klassische und neue Formen des sozialen Engagements, der gemeinschaftsorientierten, moralökonomisch bzw. von Solidarvorstellungen geprägten Eigenarbeit und der gemeinschaftlichen Selbsthilfe.

Waren die Menschen noch bis in die 1970er Jahre eher einer bestimmten Organisation oder einem Verein verpflichtet, so engagieren sich heute immer mehr Menschen themenbezogen bzw. projektförmig. Das bürgerschaftliche Engagement betrifft nicht nur zivilgesellschaftliche Organisationen, sondern auch staatliche Institutionen. Es ist eng verbunden mit Teilhabe- und Mitgestaltungsmöglichkeiten. In den wissenschaftlichen Diskursen zu bürgerschaftlichem Engagement können die Untersuchungen zum ehrenamtlichen Engagement, zur Vereinsforschung, den neuen sozialen Bewegungen, der Dritten-Sektor-Forschung sowie der Zivilgesellschaft herangezogen werden.

Die Unterschiede liegen bei den zwei letztgenannten Themenfeldern darin, dass in den Diskussionen um den Dritten Sektor vor allem die ökonomische Dimension des 'non-profit'-Sektors hervorgehoben wird, während in den Diskussionen um die Zivilgesellschaft die politische Bedeutung im Vordergrund steht. Verschiedenste gesellschaftstheoretische und gesellschaftspolitische Diskurse knüpfen an den Begriff Bürgerschaftliches Engagement an: Bürgergesellschaft, Öffentlichkeit, Gemeininn, soziale/ökonomische und ökologische Gerechtigkeit, Demokratie, Selbstorganisation sind nur einige der möglichen, sich überlagernden theoretischen Arbeitsfelder. In jüngster Zeit verbinden sich mit dem Begriff des Bürgerengagements auch Debatten über soziales Kapital. Hinter diesem Begriff verbirgt sich die Annahme, dass Bürger/innen sich vermehrt engagieren, wenn sie soziale Kontakte haben und wenn in der Gesellschaft eine Atmosphäre des Vertrauens herrscht.

Im internationalen Vergleich fallen vor allem drei Besonderheiten des deutschen bürgerschaftlichen Engagements ins Auge: Erstens herrscht in Deutschland ein hohes Maß an Abhängigkeit von staatlicher Förderung, zweitens dominieren große, mächtige Verbände und drittens ist in vielen Bereichen ein außerordentlich hoher Grad an Professionalisierung erkennbar. Schon seit einigen Jahren gibt es sowohl auf Länder- als auch auf Bundesebene Diskussionen zum Thema Bürgerengagement, so wurde 1999 eine Enquete-Kommission des deutschen Bundestages 'Zukunft des Bürgerschaftliches Engagements' eingerichtet. In dem Endbericht der Enquete-Kommission wird vor allem auch auf Veränderungen der staatlichen Rahmensetzung hingewiesen. Diese Veränderungen werden mit Begriffen 'ermöglichender Staat' und 'aktivierender Staat' umschrieben. Der aktivierende Staat bemüht sich, bessere Zugangschancen für Benachteiligte zu schaffen und Ungleichheit abzubauen. Der 'ermöglichende Staat' schafft Gelegenheitsstrukturen für Engagement und öffnet Gestaltungsspielräume. Mit anderen Worten soll also die Selbstorganisation und Eigenverantwortlichkeit der Bürgergesellschaft vom Staat ermöglicht werden. Staatliche Akteure können aber die Voraussetzungen einer Kultur der Bürgergesellschaft nicht nur verbessern, sondern auch blockieren. Denn Selbstorganisation und Eigenverantwortlichkeit können auch lediglich beschönigende Wörter für eine Politik darstellen, die Kosten und Probleme auf die Bürger abwälzt.

An dieser Stelle sollte hervorgehoben werden, dass die Ansprüche an engagierte Bürger/innen immens sind: Als »Krisenmanager« sollen sie sowohl Demokratiedefizite beheben, der Krise des Sozialstaats und der Krise der Arbeitsgesellschaft entgegenwirken. Hatten sie im sozialdemokratischen Modell eher eine Statistenrolle, so wird bürgerschaftliches Engagement nun als wichtige Säule im gesellschaftlichen Bedarfsausgleich betrachtet. Die politische Dimension bürgerschaftlichen Engagements spielt nur in wenigen Debatten eine Rolle, in denen dann explizit die Frage einer neuen Machtverteilung und –verlagerung aufgeworfen wird. Mit der Betonung der politischen Handlungsfähigkeit wird den Bürgerinnen und Bürgern ein Handlungsfeld eingeräumt, auf dem sie eigenständig und folgenreich agieren können. Gleichzeitig setzt dies aber voraus, dass privilegierte Akteure wie Parteien, Verwaltungsgremien, Parlamente, Verbände etc. zurückstecken müssen. Staat und Verwaltung würden gezwungen, gewohnte Positionen zu überdenken. Bürgerbeteiligung müsste institutionell gefördert werden und staatliche Einrichtungen müssten sich öffnen. Angesichts der Erschöpfung der Potenziale von Markt und Staat, den vielfältigen Problemen des Wohlfahrtsstaates und dem damit einhergehenden Wunsch den Krisenphänomenen der Industriemoderne etwas entgegen zu setzen, werden die Bürger und Bürgerinnen als

Garanten der Gemeinwohlsicherung sowie als Motor gesellschaftlicher Innovation (wieder) ins Visier genommen. Der aktuelle Boom der Bürgerschaftsdebatte kann durchaus eine Chance sein, die Bürger/innen aus ihrer klassischen Funktions- und Rollenzuweisung als Konsumenten zu emanzipieren, allerdings bedarf es dazu auch einer veränderten Rollenzuschreibung von Politik und Verwaltung, die teilweise ihre Definitionsmacht abgeben müssen.

Gerade in der Lehre lassen sich die Spezifika und Charakteristika der Organisationen des Dritten Sektors gut herausarbeiten. Zum einen gibt es eine starke Wertegebundenheit vieler Organisationen im Dritten Sektor, die von religiösen, politischen oder sonstigen weltanschaulichen Vorstellungen geprägt sind, zum anderen sind im Dritten Sektor äußerst komplexe Trägerstrukturen zu beobachten. Zudem weisen die Organisationen des Dritten Sektors eher multiple Einkommensstrukturen auf, was sie im Unterschied zu Unternehmen sehr viel komplexer macht. Dies betrifft vor allem auch Fragen der Effizienz- und Effektivitätsmessung zivilgesellschaftlicher Organisationen, die häufig zu einem sehr belebenden Diskurs unter den Studierenden führen können. Und natürlich werden viele Studierende in Seminaren zum Thema ‚Bürgerschaftliches Engagement‘ auch motiviert, sich selbst in zivilgesellschaftlichen Strukturen zu engagieren. Ein sehr interessantes Projekt im Zusammenhang mit Bürgerschaftlichem Engagement und Hochschullehre ist »UNIAKTIV – Zentrum für gesellschaftliches Lernen und soziale Verantwortung« an der Universität Duisburg-Essen. Diese Initiative vermittelt Studierende in freiwillige gesellschaftliche Engagement-Projekte und zielt darauf ab, das Engagement als so genanntes »Service-Learning« mit der Lehre an der Universität zu verbinden. UNIAKTIV ist es gelungen, innerhalb kurzer Zeit eine hohe Zahl von Service-Learning-Seminaren zu realisieren, die Teilnehmerzahlen an diesen Veranstaltungen zu steigern und in jedem Semester einen neuen Fachbereich für die Beteiligung zu gewinnen. (5)

Diese doch sehr beeindruckenden Beispiele und ihre Erfolgsgeschichten lassen darauf hoffen, dass sich das Thema »Bürgergesellschaft« an den Universitäten und Fachhochschulen in naher Zukunft breit etablieren wird.

Anmerkungen

(1) Unter folgender Adresse können Informationen zum Zentrum für Nonprofit-Management (npm) GmbH an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster nachgelesen werden: www.npm-online.de und www.npm-studium.de

(2) <http://csi.uni-hd.de>

(3) www.for-be.de

(4) www.pua.uni-hannover.de/nppm.html

(5) Eine Publikation von »Gutes tun und gutes Lernen: Bürgerschaftliches Engagement und Service-Learning an Hochschulen. Evaluation des Projekts UNIAKTIV an der Universität Duisburg-Essen« gibt es als PDF-Download

kostenlos unter http://www.his.de/pdf/pub_fh/fh-200907.pdf

Autorin

Dr. Heike Walk ist habilitierte Politikwissenschaftlerin und stellvertretende Geschäftsführerin am Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin

Kontakt:

Technische Universität Berlin
Zentrum Technik und Gesellschaft
Hardenbergstr. 36A
D-10623 Berlin
Tel: (0 30) 31 42 60 09
E-Mail: walk@ztg.tu-berlin.de
www.ztg.tu-berlin.de

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT
Wegweiser Bürgergesellschaft
Redaktion Newsletter
Bornheimer Str. 37
53111 Bonn
E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de